

Rede der Oberbürgermeisterin Petra Broistedt zur Einbringung des Doppelhaushalts 2025/2026

Freitag, 13. September 2024

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Ratsvorsitzender,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Göttinger*innen,
liebe Gäste,

als es in den letzten Jahren Kommunen in Niedersachsen finanziell schlecht ging, hieß es landauf, landab immer wieder: Schaut auf Göttingen. Denen geht es gut.

Sportlich gesprochen waren wir Tabellenführer.

Doch diese Zeiten sind vorbei.

Unsere Stadt hat sich innerhalb nur einer Saison bei den anderen eingereiht. Und zwar in die Abstiegszone der Landesliga mit Städten ausgeglichener Haushalte.

Dass der enorme Höhenflug im Bereich der Gewerbesteuer insbesondere der beiden letzten Jahre nicht auf Dauer anhalten würde, darauf habe ich und darauf hat insbesondere auch der Kämmerer immer wieder in aller Deutlichkeit hingewiesen. Und wir hatten unsere Steuererwartungen entsprechend heruntergeschraubt. Vom einmaligen Allzeithoch 2023 mit 180 Millionen Euro hatten wir den Haushaltsansatz 2024 zunächst auf 120 Millionen Euro verringert und bereits im Frühjahr reduziert auf eine Prognose von 110 Millionen.

Dann der Schock in der Sommerpause: Ein weiterer Einbruch der Gewerbesteuer von mehr als 21 Millionen Euro!

Jetzt sind wir froh, wenn es am Jahresende 80 Millionen Euro werden – 100 Millionen Euro weniger als 2023. Das ist so ein gewaltiger Betrag, der kann im laufenden Haushalt nicht eingespart werden.

Diese Situation wird uns an die Grenzen unserer Kassenliquidität bringen.

Und noch bitterer: Das ist leider kein Einmaleffekt. Dieser Trend setzt sich in den kommenden Jahren fort!

Wäre die Stadt ein Unternehmen – spätestens jetzt hätten wir Insolvenz anmelden müssen.

Sie fragen sich sicher: wie konnte es dazu kommen? Lassen Sie mich die wichtigsten Punkte skizzieren:

- Eine hohe Gewerbesteuer in 2023 führt zu einer höheren Kreisumlage in 2024 (+ 6 Millionen Euro).
- Gleichzeitig schrumpfen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich des Landes in diesem Jahr um 11,5 Millionen Euro, denn der Finanzausgleich ist das Ausgleichssystem des Landes, dass starke Kommunen fordert und schwächere unterstützt. Im letzten Jahr gehörten wir zu den Starken.
- Parallel dazu führen bundes- und landesgesetzliche Regelungen zu einer dauerhaften Belastung der kommunalen Hand:
 - Auf der einen Seite ist da das Wachstumschancengesetz. Eine richtige Idee zur Ankurbelung der Konjunktur, aber leider mal wieder eine bundespolitische Entscheidung, die maßgeblich auf dem

Rücken der Kommunen ausgetragen wird. Für uns bedeutet das in Zahlen, dass unser Einkommens- und Umsatzsteueranteil um 15,3 Millionen Euro sinkt.

- Auf der anderen Seite haben wir in den letzten Jahren eine Vielzahl an neuen kommunalen Aufgaben ohne vollständige Kostenerstattung erhalten: Ich nenne nur die Stichworte Kinder- und Jugendschutz, Betreuungsrecht, Eingliederungshilfe, 3. Kraft in Kitas, Klimaschutz. Allein die Wohngeldsteuerreform zum 01.01.2023 hat zu einer Verdoppelung der Fallzahlen geführt. Auf den Ausgleich der höheren Personalkosten warten wir bis heute.

Die Kommunen und damit auch Göttingen, sind strukturell unterfinanziert. Land und Bund schaufeln immer weitere Aufgaben auf den ohnehin schon großen Haufen. Wenn wir Glück haben, werden Sachkosten übernommen, mehr aber nicht. Das jüngste Beispiel ist das Cannabis-Gesetz, für dessen Kontrollen die Kommunen zuständig sein sollen. Wie soll das gelingen, ohne dass das dafür notwendige Personal finanziert wird?

Wir haben die Musik nicht bestellt, sollen sie aber trotzdem zahlen. Mein dringender Appell an Bund und Land ist daher: Hört damit auf, die Kommunen als letztes Glied in der Kette auszuquetschen.

Es ist nicht unsere Schuld, und das will ich mit aller Deutlichkeit sagen, dass Göttingen in dieses schwierige Fahrwasser gerät. Bund und Land müssen jetzt mit Finanzspritzen helfen.

Aber ehrlich: Das ist angesichts deren jeweiligen Haushaltslagen wohl eher unwahrscheinlich. Mit bitteren Konsequenzen für Göttingen: Die aktuell negative Entwicklung wird sich auch in der kommenden Finanzperiode fortsetzen. Damit verliert die Stadt ihren Status der dauerhaften Leistungsfähigkeit.

Um unsere Liquidität in 2024 zu erhalten, ist zudem ein Nachtragshaushalt erforderlich. Nur so bleibt Göttingen bis zur Genehmigung des Doppelhaushaltes 2025/26 zahlungsfähig.

In der Summe macht das ein Haushaltssicherungskonzept notwendig. Nur damit haben wir eine Chance, eine Haushaltsgenehmigung vom Niedersächsischen Innenministerium zu erhalten.

Liebe Ratskolleg*innen, wir legen Ihnen heute einen Doppelhaushalt vor mit einem Gesamtvolumen im Aufwand in Höhe von knapp 643 Millionen Euro in 2025 und 665 Millionen Euro in 2026. Dem gegenüber stehen Erträge in 2025 in Höhe von knapp 592 Millionen Euro und in 2026 von gut 616 Millionen Euro. Daraus ergibt sich ein Defizit von rund 50 Millionen Euro – pro Jahr, und auch für die nächsten Jahre!

Die Devise lautet daher: Wir müssen im großen Stil sparen. Und mit ‚im großem Stil‘ meine ich ‚im großen Stil‘.

Das Problem: Rund 60 Prozent unseres Aufwandes geben wir für gesetzliche Pflichtaufgaben und Unabweisbares aus. Gut 25 Prozent umfassen unsere Personalkosten. Nur etwa 15 Prozent des Aufwandes im Ergebnishaushalt – das entspricht 90 Millionen Euro – sind mehr oder weniger bedingt beeinflussbar. Dazu gehören die freiwilligen Leistungen (sie machen gut 5 % des Haushaltsvolumens aus), genauso wie Mieten für Büroräumlichkeiten, energetische Maßnahmen, Bauunterhaltung oder zum Beispiel die Bombensondierungen. An diesen rund 15 Prozent können und müssen wir ansetzen – aber, wie Sie aus der Aufzählung unschwer erkennen, hier können wir nicht alles auf Null setzen.

Ich hatte es bereits in der letzten Ratssitzung gesagt: Alles muss auf den Prüfstand. Überall wurde der Rotstift angesetzt. Davon ist auch das Referat der Oberbürgermeisterin nicht ausgenommen. Wir sind mit gutem Beispiel vorangegangen und haben in meinem Bereich 350.000 € im Budget gekürzt. Auch Liebgewonnenes wurde dabei hinterfragt. Den Neujahrsempfang wird es deshalb vorerst nur alle zwei Jahre geben, im Wechsel mit dem Wirtschaftsempfang. Gleiches gilt für das KWP und das Play Forward Gaming Festival, um nur einige Beispiele zu nennen.

Alle Dezernate und Fachbereiche mussten Federn lassen und Kürzungen ihrer Ansätze hinnehmen, übrigens auch die städtischen Töchter.

Gleichzeitig haben wir – wo immer möglich – Einnahmen raufgesetzt. Der Doppelhaushalt beinhaltet beispielsweise eine Erhöhung der Grundsteuer B ab 2026.

Leider reicht das aber noch nicht. Wir werden im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht umhinkommen, noch weitere Einsparungen vorzunehmen und über die Einführung weiterer Steuern zu sprechen. Vor uns liegt ein schmerzhafter Prozess. Sparen macht keinen Spaß. Und bevor sich Legenden bilden, betone ich nochmals: Die Stadt ist unverschuldet in diese Situation geraten.

Ein Wort zu den freiwilligen Leistungen: Aus meiner Sicht brauchen wir gerade jetzt, angesichts des Rechtsrucks, der versucht, unsere Gesellschaft auseinander zu dividieren, funktionierende Quartiers- und Familienzentren sowie Sportvereine, die das Miteinander stärken. Wichtig sind auch Kultureinrichtungen, die den demokratischen Diskurs fördern.

Hier haben wir nicht gekürzt. Die Einrichtungen in den Bereichen Soziales und Kultur sowie die Sportvereine müssen sich keine Sorgen machen. Alle Ansätze aus 2024 sind in 2025 und 2026 fortgeschrieben. Dort, wo Verträge mit Preissteigerungsklauseln bestehen, haben wir auch diese im Haushalt berücksichtigt. Etwaig beantragte Erhöhungen sind aber nicht drin, auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Trotz aller Herausforderungen haben wir Akzente gesetzt:

- in den Bereichen Soziales und Wohnen mit Personal für die Ausweisung weiterer Baugebiete, der Weiterführung unserer Task-Force-Arbeit in Problemimmobilien und dem Ankauf weiterer Wohnungen im Hagenweg 20
- in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung zum Beispiel mit der Sicherstellung der Finanzierung für das neue Kinder-, Familien und Jugendzentrum am Gartetalbahnhof, und zusätzlichem Personal z.B. für die Jugendgerichtshilfe oder die Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen
- im Klimaschutz mit der Fortsetzung aller Projekte sowie einer Steigerung der Mittel für den Ausbau der Radinfrastruktur
- in den Bereichen smart city und Digitalisierung zum Beispiel mit der Umsetzung des Projektes „Sanktionierung unerlaubter Einfahrten in die Innenstadt“ und mehr Personal für Digitalisierung und IT-Sicherheit

Kommen wir zum Stellenplan. Liebe Ratskolleg*innen,

Unternehmen sparen in wirtschaftlichen Schieflagen als erstes am Personal – VW ist dafür aktuell ein gutes Beispiel. Doch für eine Kommunalverwaltung ist das Personal unentbehrlich. Unsere Produkte sind die Dienstleistungen für die Menschen in unserer Stadt. Dafür braucht es Mitarbeiter*innen. Stehen die nicht bereit, führt das zu langen Wartezeiten für die Göttinger*innen und Arbeitsverdichtung bei den Mitarbeiter*innen.

Glauben Sie mir, das Arbeitspensum ist schon jetzt hoch. Das lässt sich an 80 Überlastungsanzeigen, 22.000 nicht genommenen Urlaubstagen, 58.000 angehäuften Überstunden und einer im kommunalen Vergleich überdurchschnittlichen Krankenquote von 10,3 % ableiten.

Deshalb sind wir dringend auf weitere Stellen angewiesen.

Denn wir wollen,

- dass Sozialleistungen pünktlich ausgezahlt werden,
- dass ausreichende Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stehen,
- dass wir etwas gegen prekäre Wohnimmobilien tun,
- dass der Radentscheid umgesetzt wird und Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimaanpassung vorangetrieben werden,
- dass die smart City Wirklichkeit wird, wir mehr Dienstleistungen digitalisieren und dass unsere IT-Infrastruktur vor Cyberangriffen geschützt ist,

- dass wir neue Baugebiete ausweisen, Flächen für Photovoltaik, Windenergie oder Gewerbe bereitstellen,
- dass Schulen, Feuerwehrhäuser und Kulturbauten saniert werden.

Die Liste lässt sich problemlos fortsetzen.

Dafür braucht es das erforderliche Personal und die Stellen müssen besetzt werden können.

Immer wieder gibt es die Behauptung, die Stadt baue Personal über Gebühr auf. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang den Hinweis darauf, dass der Anteil der Personalaufwendungen am Gesamthaushalt in den letzten 15 Jahren nur leicht von knapp 24 auf gut 25 Prozent gestiegen ist. Daran können sie erkennen, dass von einem Bedienen über Gebühr nicht die Rede sein kann. Im Gegenteil: Personalaufwendungen haben einen stabilen Anteil am Gesamthaushalt.

Und wenn Sie noch genauer hinschauen, werden Sie feststellen, dass der städtische Anteil an den Personalkosten nur bei 18 bis 19 Prozent liegt, weil wir eine Vielzahl an geförderten Stellen haben.

Im Anmeldeverfahren für den Haushalt der beiden nächsten Jahre wurden 240 Stellen beantragt. 240! Jede einzelne gut begründet und dringend erforderlich.

Es war also ein schwerer und schmerzlicher Prozess, zu entscheiden, welche der Stellen in den Stellenplan kommt, und welche nicht. Ich danke den Dezernent*innen für die kluge Abwägung bei der gemeinsamen Entscheidung und auch für die Bereitschaft, Verzicht zu üben. Denn der war erforderlich. Von den 240 beantragten Stellen bringen wir 132 ein.

Ja, das klingt immer noch nach vielen Stellen. Aber:

- 30,5 Stellen wurden bereits unterjährig entschieden, wie zum Beispiel die Stellen für die Kulturbauten
- 62,5 Stellen sind gefördert oder anderweitig refinanziert, darunter z.B. gut 30 Stellen im Bereich der Feuerwehr für die gemeinsame Westwache mit Sartorius
- 8,5 Stellen sind zur Umsetzung des Radentscheids enthalten.

Daraus wird deutlich: Mehr als 100 Stellen standen schon fest und waren in den Haushalt eingepreist. Die verbleibenden knapp 30 Stellen sind das absolute Minimum, dass wir zur Umsetzung unserer Aufgaben benötigen.

Seien Sie sicher, dass wir diese Stellen abgewogen und behutsam besetzen werden und dass es Einsparungen im Personalbereich geben wird, und zwar Einsparungen ohne betriebsbedingte Kündigungen auf der Basis natürlicher Fluktuation.

Wir stehen vor einem großen Veränderungsprozess. Im Rahmen der Haushaltssicherung werden wir, liebe Ratskolleg*innen, gemeinsam eine Vielzahl an Aufgaben und Qualitäten der Arbeitserledigung auf den Prüfstand stellen. Dazu benötigen wir als Verwaltung die erforderliche Beinfreiheit, Stellen dort aufzubauen, wo wir Schwerpunkte setzen, und gleichzeitig dort nicht zu besetzen, wo wir Einsparpotenziale identifizieren.

Damit haben wir bereits begonnen. Seit dem 01.09. gilt eine Wiederbesetzungssperre von mindestens 4 Monaten für freiwerdende Stellen. Die Dauer der Wiederbesetzungssperre werden wir flexibel anpassen. Weitere Schritte werden folgen. Damit kompensieren wir die zusätzlichen 30 Stellen.

Doch lassen Sie mich nochmals verdeutlichen: Ohne Personal ist alles nichts.

Nur mit unseren Fachkräften können wir auch weiterhin das, was unsere Stadt liebens- und lebenswertmacht, voranbringen. In Zeiten der Krise gilt es, unser gemeinsames Augenmerk noch stärker darauf auszurichten, dass die Menschen gut und gerne in Göttingen leben. Wir brauchen eine Debatte darüber, was diese Stadt leisten soll und was sie leisten kann. Diese Debatte müssen wir sowohl in der

Verwaltung, aber auch mit Ihnen, liebe Politik, und mit der Öffentlichkeit im Rahmen des Haushaltskonzepts führen.

In jeder Krise steckt auch eine Chance. Krisen sind die Sternstunden der Verwaltung. Hier zeigt sich, was Verwaltung kann. Ich erinnere an den Flüchtlingszuzug, an die Pandemie, den Ukraine-Krieg und seine Folgen, die Inflation. Und nicht zuletzt auch an die Haushaltskrise, die sich ab 2010 auswirkte. All das hat Göttingen großartig gemeistert und ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese Krise gemeinsam bewältigen werden.

Jetzt ist die Zeit, alles auf den Prüfstand zu stellen und zu hinterfragen.

Denn auch die Aussichten auf die kommenden Jahre werden düster bleiben: Aktuell zeichnet sich auch über 2026 hinaus eine defizitäre Entwicklung ab mit Engpässen in der Liquidität und einer Beschränkung des Investitionsvermögens.

Eine Schuldenspirale wird sich in Gang setzen, wenn wir nicht gemeinsam und entschieden gegensteuern. Auf diese und weitere Aspekte, etwa zum Investitionsprogramm, wird der Kämmerer gleich noch eingehen.

Liebe Ratskolleg*innen,

Sie haben vernommen, dass es nicht einfach war, diesen Doppelhaushalt aufzustellen. Ich möchte mich ganz ausdrücklich bedanken bei Christian Schmetz als Kämmerer und der Finanzverwaltung, insbesondere Herrn Fuchs und Team, für ihr Engagement bei der Haushaltsaufstellung.

Lieber Christian, die letzten Wochen waren nicht vergnügungssteuerpflichtig und haben bestimmt für die eine oder andere Sorgenfalte mehr gesorgt. Ihr seid konstruktiv am Ball geblieben und habt euch wie immer lösungsorientiert eingebracht.

Ich danke auch unserer Personaldezernentin Maria Karaus und der Personalverwaltung für die umfangreiche Vorprüfung und alle hilfreichen Überlegungen zum Stellenplan. Liebe Maria, Ihr habt es uns erleichtert, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Lieber Frithjof, auch Dir und Anja Krause, die heute nicht da sein kann, gilt mein herzliches Dankeschön für das konstruktive Mitwirken und dafür, dass wir auch in dieser Krise zusammenhalten zum Wohl der Menschen in unserer Stadt.

Mein Dank gilt insbesondere auch unseren Mitarbeitenden, die sich in ihren Organisationseinheiten einbringen und gemeinsam definieren, welche Sparpotentiale es gibt.

Trotz allem blicken wir mit Zuversicht in die Zukunft. Unsere Stadt ist darin erprobt, schwierige Zeiten und finanzielle Talsohlen gemeinsam zu durchlaufen und gestärkt aus ihnen hervorzugehen.

Es ist unser oberstes Ziel, sicherzustellen, dass Göttingen ein Ort bleibt, an dem Menschen sich wohlfühlen und gerne leben. Die notwendigen Einschnitte, die wir vornehmen müssen, sind zweifellos herausfordernd. Gemeinsam werden wir den Weg der Konsolidierung beschreiten und dabei nicht vergessen, dass unsere Stadt von dem Engagement und dem Zusammenhalt der Göttinger*innen lebt.

Ich bin überzeugt: Wir werden die finanziellen Herausforderungen meistern und die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten, wenn wir das zusammen angehen.

Liebe Ratskolleg*innen, nach der heutigen Haushaltseinbringung sind Sie dran. Ich weiß, dass Sie vor schwierigen Beratungen stehen, denn jede Fraktion will aus ihrer Perspektive im Haushalt Akzente setzen. Das war schon immer so und ist verständlich. Und trotzdem bietet dieser Doppelhaushalt keinen Spielraum für neue politische Wünsche.

Ich bitte Sie deshalb um zweierlei:

1. Wenn Sie Änderungen vornehmen, machen Sie bitte auch Einsparvorschläge zur Kompensation.
2. Diese herausfordernde Situation eignet sich nicht für politische Grabenkämpfe zwischen Haushaltsbündnis und Opposition. Das würde nur einen Keil in die Stadtgesellschaft treiben und die extremen Ränder stärken. Was wir jetzt brauchen, ist Geschlossenheit und Einvernehmen aller demokratischen Kräfte. Setzen Sie sich zusammen und suchen Sie den Konsens über den Haushalt sowie das noch ausstehende Haushaltssicherungskonzept. Die Verwaltung steht Ihnen dazu beratend

zur Seite. Wir alle im Rat haben die Verantwortung, jetzt die Weichen in unserer Stadt für einen künftig wieder ausgeglichenen Haushalt zu stellen, der uns Stadtentwicklung ermöglicht. Das geht nur gemeinsam.